

**Rede
des Sprechers für Haushalt und Finanzen**

Alptekin Kirci, MdL

zu TOP Nr. 7

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes über das Sondervermögen
zur Bewältigung der Auswirkungen des
Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die
Finanzlage, Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft
sowie Energiesicherheit des Landes Niedersachsen**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.
18/10946

während der Plenarsitzung vom 22.03.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Herr Heere, ich habe es, ehrlich gesagt, immer noch nicht verstanden, aber wir werden das ja noch weiter beraten.

Wir haben einen Angriffskrieg mitten in Europa nicht für möglich gehalten. Wir erleben einen brutal geführten Krieg Russlands, der viele unschuldige Opfer fordert, Menschen um ihre Heimat und ihre Zukunft bringt. Putins brutaler Angriffskrieg auf die Ukraine hat in kurzer Zeit die europäische Sicherheitsordnung über den Haufen geworfen. Wir leben mitten in einer Zeitenwende, die uns alle verunsichert.

Dennoch - und gerade jetzt - ist es unsere Pflicht als Parlamentarier, abgewogen und sachlich mit dieser Lage in Deutschland umzugehen, auch wenn das nicht für alle einfach ist.

Ich bin froh - das möchte ich betonen -, dass die Staaten Europas rasch zur Solidarität gefunden haben und nun Menschlichkeit gegenüber den Kriegsopfern üben. Die Lehren aus den Jahren nach 2015 versetzen uns in die Lage, die nötigen Schritte mit Ruhe und Entschiedenheit zur Unterbringung und Integration Geflüchteter aus der Ukraine zu unternehmen. Der Wille, diesen unfreiwillig in Not geratenen Menschen so gut wie möglich zu helfen, ist unsere erste und auch dringlichste Aufgabe.

Sehr geehrte Damen und Herren, insofern finde ich die Legitimation des Sondervermögens, das die Grünen hier fordern, mehr als fragwürdig, Herr Heere. Nicht Niedersachsen ist durch äußere Einwirkungen in Not, zunächst sind es die Menschen in der Ukraine, die vor den Panzern Putins flüchten und Sicherheit suchen. Auf die muss zuallererst unser Augenmerk gerichtet sein.

Selbstverständlich ergeben sich aus dem Krieg in der Ukraine auch negative Folgen für unser Gemeinwohl und unsere Wirtschaft. Vor allem die Energieversorgung in Deutschland muss unabhängig werden und dem Erpressungspotenzial und der Willkür des Kremls enthoben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine außergewöhnliche Notsituation nach Artikel 71 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung - und darauf kommt es ja hier an - liegt nicht vor. Wieso eine solche vorliegen soll, haben Sie hier auch nicht erklärt, Herr Heere, mit keinem einzigen Wort.

Die direkten Folgen für die Wirtschaft und das Finanzwesen entziehen sich gerade nicht der Kontrolle des Staats. Die Bundesregierung sieht selbst aktuell keine Notsituation. Warum eine solche hier in Niedersachsen vorliegen soll, bleibt

das Geheimnis der Grünen in Niedersachsen. Auch im Bund wird etwas anderes angenommen.

Sie haben auch Herrn Habeck angesprochen. Der ist ja nicht nur im Land unterwegs. Soweit ich weiß, ist er jetzt auch in Katar und sucht nach einem Weg, wie wir die Energieversorgung in der Zukunft unabhängig von Russland absichern können.

Der Bund hat mit der Abschaffung der EEG-Umlage und der Erhöhung der Pendlerpauschale schon die ersten Maßnahmen für eine sozial gerechte Entlastung auf den Weg gebracht. Weitere, wie das Mobilitätsgeld, sind in Planung. Der Bund muss und wird sozial gerecht und gezielt entlasten, und zwar nicht nur bei den Spritpreisen, sondern gerade auch bei den Strom- und Heizkosten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung mit Stephan Weil und Olaf Lies hat sich zur Frage veränderter Lieferbeziehungen bei Energie erklärt und auch - etwa mit den angestrebten LNG-Terminals - skizziert, dass es richtig ist, eine von Russland unabhängige Energieversorgung aufzubauen.

Der flächendeckende Ausbau erneuerbarer Energien wird drastisch beschleunigt, um zur Energie-sicherheit und Preisstabilität beizutragen. Wir werden auch Vorreiter bei der Wasserstofftechnologie werden.

Die Frage der Finanzierung hängt nicht von dem vorgeschlagenen Sondervermögen ab. Das gilt auch für die anderen Handlungsfelder, die Sie hier beschrieben haben, Herr Heere. Unser Innenminister Boris Pistorius hat bereits zur Beginn der Auseinandersetzung angekündigt, die Cybersicherheit weiter zu erhöhen und den Zivilschutz zu stärken. Es ist vollkommen selbstverständlich, dass die Kommunen die Lasten aus der Versorgung Geflüchteter nicht alleine tragen können. Dazu hat sich auch schon unser Ministerpräsident in der Regierungserklärung geäußert.

Wir stehen zweifellos vor großen Herausforderungen, weil es überhaupt keine realistische Einschätzung über den Verlauf des Krieges und die sich daraus ergebenden Belastungen für Niedersachsen geben kann. Ich halte es aber für ausgesprochen leichtfertig, den zweiten oder dritten Schritt vor dem ersten zu machen. Bund und Länder haben in der vergangenen Woche erste Festlegungen getroffen, welche Aufgaben bei Aufnahme und Integration von Geflüchteten zwischen den Ebenen aufgeteilt werden, welche Handlungsfelder in einer besonderen Lage, etwa bei einer hohen Anzahl von Kindern unter den Geflüchteten, vordringlich zu organisieren sind. Dabei wird es in den wöchentlich tagenden Arbeitsgruppen zwischen Bund und Ländern auch um die Frage gehen, wer welche Aufgaben ausgestaltet und wie die Lasten verteilt werden.

Angesichts dessen ist es mir lieber, wenn unsere Europa-Ministerin Birgit Honé nach den verfügbaren Mitteln schaut, die aufgrund der neuen Möglichkeiten, die Brüssel wegen der Folgen des Krieges eröffnet hat, zur Verfügung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, welche Bedarfe sich aus den Folgen des Angriffskrieges ergeben, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unkalkulierbar. Mehr als bedauerlich, geradezu fahrlässig ist es, dass die Grünen das Sondervermögen zur Pandemiebekämpfung in der Presse als „Gießkannen-politik“ verunglimpfen, nun aber so tun, als sei ihr jetziger Entwurf mit 5 Milliarden Euro maßnahmengerecht und auch zielgerichtet. Dazu haben Sie kein einziges Wort gesagt. Ihre 5 Milliarden Euro sehen zunächst nach kraftvoller Politik aus. Damit haben Sie ja auch die Schlagzeilen besetzt. Allerdings entpuppt sich Ihr Antrag als eine blassgrüne Nebelkerze, weil Sie nur Handlungsfelder und keine Konkretisierung in Ihren Gesetzentwurf geschrieben haben, was damit auch verfassungswidrig ist.

Ich würde auch gerne erfahren, wie Sie eigentlich auf die Summe von 5 Milliarden Euro kommen. Ist irgendetwas gegengerechnet, oder handelt es sich bloß um eine grobe Peilung über den Daumen? Schließlich wollen Sie ja auch für Konjunkturerinbußen und Steuerausfälle Vorsorge treffen, bevor diese überhaupt seriös berechnet worden sind.

Bevor wir einem solchen Gesetzentwurf zustimmen können, ist ein wenig besseres Handwerk nötig.

Ja, wir stehen vor neuen, ungeahnten Herausforderungen im Hinblick auf die Haushaltslage. Fragwürdige und aus der Luft gegriffene Vorratsbeschlüsse genügen den Anforderungen einer seriösen und vorausschauenden Haushaltspolitik nicht. Das ist leichtfertige Politik und wird dem Grauen, das sich gerade in der Ukraine abspielt, überhaupt nicht gerecht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.